

Name, Vorname: .....

Strasse, Nr: .....

PLZ/Ort: .....

Frau Bundespräsidentin  
Doris Leuthard  
Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie  
und Kommunikation UVEK  
Kochergasse 6  
3003 Bern

**Betrifft: Anwendung des Vorsorgeprinzips für das Herbizid Roundup und seinen Hauptwirkstoff  
Glyphosat**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin,

Durch die Medien sowie durch verschiedene Berichte wie zum Beispiel die Broschüre „Ökozid - Konzerne unter Anklage“ konnte ich mich über die dramatischen Folgen der Verwendung des Herbizids Roundup und seines Hauptwirkstoffs Glyphosat in der Landwirtschaft informieren. Während des Internationalen Monsanto Tribunals, das am 15. und 16. Oktober 2016 in Den Haag tagte, bezeugten zahlreiche Betroffene aus der ganzen Welt die gravierenden Auswirkungen dieses Herbizides auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Die sehr berührenden Aussagen wurden gefilmt und können auf der Webseite [www.monsanto-tribunal.org/multimedia](http://www.monsanto-tribunal.org/multimedia) eingesehen werden.

Im März 2017 veröffentlichte die amerikanische Justiz die « Monsanto papers » – mehr als 250 Seiten interner Korrespondenz des Konzerns. Diese beweisen, dass das Unternehmen Monsanto über die Krebsrisiken des Herbizids Roundup bestens informiert war. Eine Kollektivklage von mehreren hundert LandarbeiterInnen, die an einer Form von Blutkrebs (Non-Hodgkin-Lymphom) erkrankten, führten zur Publikation dieser Dokumente. Diese zeigten auch auf, dass der Entscheid, das Herbizid Roundup zu genehmigen, zu einem grossen Teil auf Studien beruhte, die von Monsanto beeinflusst oder gar geschrieben wurden. Andererseits bestätigten Zeugenaussagen am Monsanto Tribunal, dass bei der europäischen Genehmigung des Herbizids Roundup zahlreiche Studien, welche die krebserzeugende Wirkung von Roundup belegen, nicht berücksichtigt wurden.

In der Schweiz werden jährlich 300 Tonnen Roundup verwendet. Die Konsequenzen dieses massiven Einsatzes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt können wir nicht abschätzen. Heute schon wurden auch in der Schweiz in zahlreichen Flüssen, im Grundwasser, ja sogar in Lebensmitteln Spuren von Glyphosat – eine Substanz die von der WHO als «wahrscheinlich krebserregend» eingestuft wird gefunden.

Die weitere Verwendung von Roundup ist heute nicht vertretbar. Deshalb fordere ich im Namen des Vorsorgeprinzips den Bundesrat auf:

- ab sofort die Vermarktung und Verwendung von Roundup und anderen Produkten, die Glyphosat enthalten, auf dem Schweizer Territorium zu verbieten;
- Bäuerinnen und Bauern in der Übergangsphase zu einer ökologischeren Landwirtschaft zu unterstützen.

Sicher verstehen Sie meine Besorgnis und diejenige grosser Teile der Zivilgesellschaft.  
Mit freundlichen Grüssen

*Datum*

*Unterschrift*

Kopie an : Europäisches BürgerInnen Forum, St.Johanns-Vorstadt 13, 4056 Basel oder Email an:  
[ch@forumcivique.org](mailto:ch@forumcivique.org)